



Aufruf: Wer Demokratie will, muss um sie kämpfen!

Für Die Linke, vor allem aber für eine demokratisch verfasste Gesellschaft und viele Menschen, die für sie streiten, brachte das Jahr 2024 bittere Wahlergebnisse mit sich. Zur Europawahl am 9. Juni fuhr die AfD bundesweit hohe Gewinne ein. In fast jedem ostdeutschen Wahlkreis wurde die AfD bei den gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahlen stärkste Kraft. Als Linke mussten wir hingegen flächendeckend schmerzhafteste Verluste hinnehmen. Links-progressive Mehrheiten gibt es nach der Kommunalwahl in Sachsen-Anhalt in nahezu keinem Kommunalparlament mehr. Fast überall verfügen CDU und AfD über eine rechnerische Mehrheit.

Um zu zeigen, wie ernst es der CDU mit der Abgrenzung zur AfD ist, nutzte Friedrich Merz als neuer CDU-Chef einst das Bild der „Brandmauer“. Es entsprach der CDU-Beschlusslage. Doch schon jetzt zeigt sich: So klar wie sie klingt, war die Merz-Vorgabe nie. Offiziell untersagt die Partei jede Kooperation mit der AfD, definiert aber nicht klar, was das heißt. Diese – womöglich gewollte – Unklarheit lässt bereits so manche CDU-Basis eigene Wege gehen.

Als sich die Stadt- und Gemeinderäte in Sachsen-Anhalt in den vergangenen Wochen konstituierten, war bereits vielfach zu beobachten, dass die so genannte „Brandmauer“ der CDU löchrig ist. Insbesondere bei den Wahlen der Vorsitzenden der jeweiligen Kommunalparlamente, deren Stellvertreter:innen oder auch der Ortsbürgermeister:innen ließen die Ergebnisse nur den Schluss zu, dass Absprachen zwischen CDU und AfD stattgefunden hatten. Um eigene Mandatsträger:innen in bestimmte Positionen zu heben, konnte sich die CDU oft auf Stimmen der AfD verlassen. Umgekehrt scheute sich die CDU vielfach nicht, mit ihren Stimmen wiederum der AfD zu Posten und Funktionen zu verhelfen. Es war das klassische „Eine Hand wäscht die andere“-Prinzip. Für die CDU ist das offenbar keine Form von Kooperation. Für viele Menschen in Sachsen-Anhalt, die aus guten Gründen vor der AfD, vor ihrem Hass, ihrer Hetze und ihren unmenschlichen Politikvorstellungen Angst haben müssen, ist das ein Schlag ins Gesicht. Für die Mehrheit der Wähler:innen, die eben demokratisch gewählt haben und dabei auch der CDU vertrauten, ebenso.

Für uns als linke Mandatsträger:innen in den Kommunalparlamenten Sachsen-Anhalts ist die Brandmauer zur AfD keine leere Worthülse. Eine demokratisch gewählte Partei, die keinen Zweifel daran lässt, die Demokratie abschaffen zu wollen, darf nicht wie eine normale Partei behandelt werden. Jegliche Kooperation mit der AfD schließt sich für uns aus. Kooperation fängt für uns nicht erst bei gemeinsamen Anträgen oder Initiativen an, nicht erst, wenn man Anträgen der AfD zustimmt. Kooperation fängt für

uns dort an, wo man Absprachen mit der AfD trifft und wissentlich auf Stimmen der AfD setzt, um eigenen Anträgen und Initiativen eine Mehrheit zu verschaffen. Wir stehen als Garant, dass es das mit uns in den Kommunalparlamenten nicht geben wird.

Noch viel mehr als die Brandmauer gegen die AfD sind wir aber die Brandbekämpfer:innen. Der Flächenbrand AfD darf auch hinter einer Mauer nicht weiter lodern. Daran werden wir in den kommenden fünf Jahren alles setzen. Mit guter Politik, die die realen Probleme der Menschen löst. Mit guter Politik, die sich für soziale Gerechtigkeit, gute Bildung und flächendeckende Gesundheitsversorgung einsetzt, sich für Toleranz und Weltoffenheit starkmacht, die für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land kämpft und Menschen in ihren Problemen und berechtigten Sorgen nicht gegeneinander ausspielt.

Wir sind uns bewusst, dass eine schwere Aufgabe vor uns liegt. Erst recht nach den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen und vor den kommenden Landtagswahlen 2026 in Sachsen-Anhalt. Aber wir sind festen Willens, diese Aufgabe zu bewältigen und mit allen demokratischen Kräften daran zu arbeiten. Die CDU muss sich glasklar entscheiden, auf welcher Seite sie dabei steht. Und Die Linke wird sie immer wieder daran erinnern.